

21.02.2011

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Özlem Demirel, DIE LINKE

Wie beurteilen die Landesregierung und die Kommunalaufsicht die Vorgänge um den Flughafen Weeze?

Vorbemerkungen der Fragestellerin:

Presseberichten zufolge kann die Betreibergesellschaft des Flughafens Weeze, die Flughafen Niederrhein GmbH (FN) Kredite des Kreises Kleve und der Gemeinde Weeze nicht bedienen. Der Airportbetreiber Herman Buurmann hat mit dem Kreis vereinbart, 1,372 Mio. Euro an Zinsen zu zahlen und kürzlich in einem Schreiben an den Kreis mitgeteilt, dass er diese wegen Gewinneinbrüchen nicht aufbringen könne, da er notwendige Investitionen in Höhe von fünf Millionen Euro tätigen müsse.

Der Kreis soll dafür am Jahresende mit Gesellschaftsanteilen entschädigt werden. Der Gesellschafter der Airport Niederrhein Holding GmbH, Buurmann, hält 99,9261 % Anteile, der Kreis Kleve hält 0,0459 % und Gemeinde Weeze 0,00279 %.

Hintergrund dieser aktuellen Entwicklung ist allerdings, dass die Betreiber-Gesellschaft seit 2004 vom Kreis Kleve bzw. der Gemeinde Weeze zweistellige Millionenbeträge als Darlehen erhalten hat, die sich inzwischen samt Zinsen auf insgesamt 34 Mio belaufen. Der Betreiber Buurmann hat bisher noch nicht einen Cent dieser Darlehen getilgt und noch keinen Cent Zinsen bezahlt. Mehrfach wurden ihm Rückzahlung und Schuldendienst gestundet. Die eingangs erwähnte Zinszahlung hätte die erste überhaupt sein sollen, nachdem der Kreis Kleve dem Betreiber 2010 erneut die Rückzahlung der aufgelaufenen 34 Mio. Euro gestundet hat, und zwar bis 2016.

Bei all diesen Entwicklungen war immer wieder zu beklagen, dass den Kreistagsmitgliedern keine belastbaren und nachvollziehbaren Geschäftszahlen und Risikoeinschätzungen vorgelegt wurden.

Bisher hat der Betreiber Buurmann privates Kapital nur von einer einzigen Bank erhalten, nämlich der Commerzbank Essen im Jahr 2009. Die Commerzbank wollte den Kredit in Hö-

Datum des Originals:

Datum der Ausgabe:

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

he von 5,4 Mio. Euro jedoch nur dann vergeben, wenn der Kreis Kleve eine schuldrechtliche Erklärung abgibt und auf den 2. Rang zurücktritt. Dieser Rangrücktritt wurde vom Kreistag Kleve beschlossen.

Laut Presseberichten hat auch Hannelore Kraft anlässlich eines Besuches beim Flughafen Weeze am 1. April 2010 sich überzeugt gezeigt, dass Investor Buurman das Darlehen fristgerecht bis Ende 2010 an den Kreis Kleve zurückzahlt. Diese Zusage hat der Betreiber nur wenige Monate später erneut gebrochen. Zur Beschlussfassung des Kreistages über die Prolongation der Kredite im Juli 2010 lag nicht einmal ein aktueller geprüfter Jahresabschluss der Gesellschaft vor.

Statt der fälligen Zinszahlungen bietet der Betreiber Buurmann nun weitere Anteile an seiner Gesellschaft an, deren Werthaltigkeit mehr als fragwürdig ist. Überprüfbare und nachvollziehbare Unterlagen liegen den örtlichen Kreistagsmitgliedern dazu wiederum nicht vor.

Dennoch soll der Kreistag Kleve in seiner Sitzung am 24. Februar erneut einer Vorlage zustimmen, die dem Landrat eine Generalermächtigung bis 2016 ausstellt, mit welcher er den Vorstellungen des Betreibers ohne weitere Kreistagsbefassung nachkommen könnte.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. In welcher Weise hat die Bezirksregierung die Ertrags- und Finanzplanung des Flughafens und die Zulässigkeit/Rechtmäßigkeit der kostenlosen Subventionierung des Betreibers Buurmann sowie des Rangrücktritts seitens des Kreises Kleve überprüft und was waren die Ergebnisse?
2. Welche Subventionen zu Bau und Betrieb sind aus Landesmitteln in den Flughafen Weeze geflossen?
3. Warum ist die Kommunalaufsicht bisher nicht eingeschritten, obwohl der Betreiber sämtliche Zusagen und Vereinbarungen mit dem Kreis Kleve gebrochen, über viele Jahre Null Euro getilgt, keinerlei Zinszahlung geleistet und damit die kommunale Kasse massiv geschädigt hat?
4. Wie beurteilen Landes- und Bezirksregierung die Rechtmäßigkeit des Vorgehens seitens des Kreises Kleves und des Landrats in dieser Angelegenheit, auch hinsichtlich der Informationspflicht gegenüber den Kreistagsmitgliedern und der Vorlage zur Kreistagssitzung am 24.2.2011?
5. Welche genauen Maßnahmen bzw. Handlungsvornahmen beabsichtigen Landes- und Bezirksregierung, um zu gewährleisten, dass die bereit gestellten Kredite in die öffentlichen Kassen zurückfließen und dazu im ersten Schritt die fortgesetzte Stundung der Rückzahlung und der fortdauernde Verzicht auf Zinszahlungen durch den Kreis Kleve verhindert wird?

Özlem Demirel